

Was ist das Projekt Nimbus und warum protestieren Google-Mitarbeiter gegen den Deal mit dem Staat Israel?

Redaktion Al Jazeera, 23.04.24

Tech-Mitarbeiter protestieren gegen den Einsatz von künstlicher Intelligenz und anderen Technologien im Krieg des Staates Israel gegen Gaza.

Google-Mitarbeiter in den USA haben in den Büros des Tech-Riesen in New York City, Kalifornien und Seattle protestiert, um sich gegen einen 1,2 Milliarden Dollar teuren Vertrag mit der israelischen Regierung zu wehren.

Aktivisten und Wissenschaftler sind beunruhigt über den israelischen Einsatz von KI zur Bekämpfung von Palästinensern, während Rechtswissenschaftler sagen, dass der Einsatz von KI im Krieg gegen internationales Recht verstößt.

Der gemeinsame Vertrag von Google und Amazon, der unter dem Namen Project Nimbus bekannt ist und 2021 unterzeichnet wurde, dient der Bereitstellung von Cloud-Computing-Infrastruktur, künstlicher Intelligenz (KI) und anderen Technologiedienstleistungen für die israelische Regierung und ihr Militär, die für ihren Krieg gegen den Gazastreifen, der von Experten der Vereinten Nationen und mehreren Ländern als „Völkermord“ bezeichnet wurde, scharf kritisiert werden.

Seit Beginn der israelischen Militäroffensive im Oktober vergangenen Jahres hat der Staat Israel mehr als 34.000 Palästinenser, vor allem Kinder und Frauen, getötet und weite Teile der palästinensischen Küstenenklave zerstört. Der Staat rechtfertigt die Bombardierung damit, dass er auf Hamas-Kämpfer abziele, die am 7. Oktober einen tödlichen Anschlag verübt hätten.

Hier geben wir einen Einblick in die Gründe, warum sich Tech-Mitarbeiter gegen einen Missbrauch von KI und anderen Technologien in den Konflikten im Gazastreifen und in der Ukraine sowie gegen die Zusammenarbeit mit dem Militär aussprechen.

Warum protestieren Google-Mitarbeiter gegen das Projekt Nimbus?

Die Sitzstreiks der vergangene Woche in New York und im kalifornischen Sunnyvale wurden von der Organisation *No Tech For Apartheid* organisiert, die seit 2021 Google-Mitarbeiter gegen das Projekt Nimbus mobilisiert. Die Beschäftigten wehren sich gegen die Beziehungen ihres Arbeitgebers zum Staat Israel, der wegen seines Krieges gegen Gaza vor dem Internationalen Gerichtshof wegen Völkermordes angeklagt ist.

Die Tech-Beschäftigten fordern, dass sie das Recht haben zu erfahren, wie ihre Arbeitskraft eingesetzt werden soll. Sie befürchten, dass die Technologie zum Schaden benutzt werden könnte, da über das Projekt wenig Klarheit herrscht. Auch die Beschäftigten von Amazon und der Facebook-Mutter Meta sind mit ihren Arbeitgebern wegen der Verbindung zum Krieg aneinandergeraten.

„Es ist unmöglich, begeistert und motiviert zur Arbeit zu gehen, wenn man weiß, dass das eigene Unternehmen der israelischen Regierung Produkte liefert, die ihr helfen, Grausamkeiten in Palästina zu begehen“, sagte Tina Vachovsky, Software-Ingenieurin bei Google, in einem auf der Website *No Tech For Apartheid* veröffentlichten Bericht.

Einem Artikel des US-amerikanischen Nachrichtenmagazins *The Intercept* aus dem Jahr 2021 zufolge, bietet Google dem Staat Israel hochentwickelte KI-Funktionen an, die im Zusammenhang mit dem Projekt Nimbus Daten zur Gesichtserkennung und Objektverfolgung sammeln können.

Aktivisten und Wissenschaftler sind beunruhigt über den israelischen Einsatz von KI zur Bekämpfung von Palästinensern, während Rechtswissenschaftler sagen, dass der Einsatz von KI im Krieg gegen internationales Recht verstößt.

„Es herrscht ein schockierender Mangel an Transparenz darüber, was dieses Projekt genau umfasst, abgesehen von der Bereitstellung von interoperablem, umfassendem Cloud Computing, bei dem es sich im Wesentlichen um Systeme zur Datenspeicherung, Datenverwaltung und -freigabe handelt“, erklärte Ramesh Srinivasan, Professor an der University of California, Los Angeles (UCLA), gegenüber Al Jazeera.

„Die Daten für die israelische Regierung werden wahrscheinlich auch für die israelische [Armee] verwendet. Es handelt sich also um ein Projekt, das die direkten Verbindungen großer Technologieunternehmen in den Vereinigten Staaten nicht nur zum sogenannten militärisch-industriellen Komplex, sondern auch zur direkten Unterstützung der israelischen Regierung verdeutlicht.“

In einer Erklärung gab der Technologieriese bekannt, dass der Nimbus-Vertrag „keine hochsensiblen, geheimen oder militärischen Aufgaben betrifft, die für Waffen oder Geheimdienste relevant sind“. Der Tech-Gigant arbeitet nach eigenen Angaben mit mehreren Regierungen auf der ganzen Welt zusammen, darunter auch mit dem Staat Israel.

Das Unternehmen hat in der vergangenen Woche mindestens 28 Mitarbeiter entlassen, weil sie „gegen den Verhaltenskodex von Google“ und „die Richtlinien zu Belästigung, Diskriminierung und Vergeltung“ verstoßen hätten. Darüber hinaus wurden mindestens neun Google-Mitarbeiter wegen der Sitzstreiks in den Büros in New York und Sunnyvale verhaftet.

Google-CEO Sundar Pichai hat vergangene Woche in einem Blog-Beitrag eine versteckte Warnung ausgesprochen. „Wir haben eine Kultur der lebendigen, offenen Diskussion, die es uns ermöglicht, erstaunliche Produkte zu entwickeln und großartige Ideen in die Tat umzusetzen. Das ist wichtig zu bewahren. Aber letztendlich sind wir ein Arbeitsort und unsere Richtlinien und Erwartungen sind klar: Dies ist ein Unternehmen und kein Platz, um sich so zu verhalten, dass Mitarbeiter gestört werden

oder sich unsicher fühlen, oder um zu versuchen, das Unternehmen als persönliche Plattform zu nutzen, oder um über störende Themen zu streiten oder politisch zu diskutieren. Dies ist ein zu wichtiger Moment für uns als Unternehmen, als dass wir uns davon ablenken lassen könnten“, schrieb er.

Die Warnung hat die Tech-Beschäftigten jedoch nicht abgeschreckt. Mohammad Khatami, ein Google-Software-Ingenieur, der wegen seiner Teilnahme an der Sitzblockade in New York verhaftet wurde, erklärte gegenüber dem US-amerikanischen Sender *Democracy Now*, die Mitarbeiter seien verhaftet worden, weil sie sich „gegen den Einsatz unserer Technologie für den ersten KI-gestützten Völkermord ausgesprochen haben“.

Nach Angaben der Gruppe *No Tech For Apartheid* hat Google in dieser Woche weitere 20 Demonstranten entlassen, womit sich die Gesamtzahl der Gekündigten auf etwa 50 erhöht. „Die Ziele von Google sind klar: Das Unternehmen versucht, abweichende Meinungen zu unterdrücken, seine Mitarbeiter zum Schweigen zu bringen und seine Macht über sie wieder geltend zu machen“, sagte Jane Chung, eine Sprecherin von *No Tech For Apartheid*, am Dienstag.

Google erklärte, dass es die zusätzlichen Mitarbeiter entlassen habe, nachdem es bei seiner Untersuchung Angaben von Mitarbeitern erhalten habe, die „physisch gestört“ worden seien, und es habe Mitarbeiter identifiziert, die Masken benutzt und ihre Mitarbeiterausweise nicht getragen hätten, um ihre Identität zu verbergen. Es wurde nicht angegeben, wie viele entlassen wurden.

Gibt es eine Geschichte von Tech-Mitarbeitern, die sich gegen die Zusammenarbeit mit dem Militär aussprechen?

Es ist nicht das erste Mal, dass Mitarbeiter von Amazon und Google ihren Unmut über das Projekt Nimbus zum Ausdruck bringen. Im vergangenen Oktober äußerten Amazon- und Google-Mitarbeiter ihre Bedenken anonym in einem offenen Brief, der vom britischen Nachrichtenmagazin *The Guardian* veröffentlicht wurde:

„Wir schreiben als Google- und Amazon-Mitarbeiter aus Gewissensgründen und mit unterschiedlichen Hintergründen. Wir glauben, dass die Technologie, die wir entwickeln, dazu dienen sollte, Menschen überall zu unterstützen und zu fördern, einschließlich aller unserer Nutzer. Als Arbeitnehmer, die diese Unternehmen am Laufen halten, sind wir moralisch verpflichtet, uns gegen Verstöße gegen diese Grundwerte auszusprechen. Aus diesem Grund sehen wir uns gezwungen, die Führungskräfte von Amazon und Google aufzufordern, aus dem Projekt Nimbus auszusteigen und alle Verbindungen mit dem israelischen Militär zu kappen. Bislang haben mehr als 90 Beschäftigte bei Google und mehr als 300 bei Amazon diesen Brief intern unterzeichnet. Wir bleiben anonym, weil wir Repressalien befürchten.“

Im Jahr 2018 protestierten Tausende von Google-Mitarbeitern gegen einen Vertrag mit dem Pentagon, der als Project Maven bekannt ist. Im Jahr 2017 ging Google eine Partnerschaft mit dem Pentagon ein, um die KI-Technologie des Unternehmens zur Analyse von Drohnenüberwachungsmaterial zu nutzen.

Im Februar versammelten sich etwa 30 Aktivisten vor dem Eingang des OpenAI-Büros in San Francisco, nachdem das Unternehmen im Monat zuvor in aller Stille ein Verbot von „Militär und Kriegsführung“ aus seinen Nutzungsrichtlinien entfernt hatte. OpenAI bestätigte schließlich, dass es mit dem US-Verteidigungsministerium an Lösungen für Open-Source-Cybersicherheits-Software arbeitet.

Am 4. März stand der Google-Mitarbeiter Eddie Hatfield auf der Mind the Tech-Konferenz in New York in einem Konferenzraum auf und rief: „Ich bin ein Google-Cloud-Software-Ingenieur und ich weigere mich, Technologien zu entwickeln, die Völkermord, Apartheid oder Überwachung unterstützen!“

Hatfield wurde wenige Tage nach der Intervention gegen den Geschäftsführer von Google Israel, Barak Regev, entlassen. Dies war letztlich der Auslöser für die jüngsten Proteste gegen das Projekt Nimbus. Im Dezember vergangenen Jahres schickten 1.700 Mitarbeiter als Reaktion auf das Projekt Nimbus eine Petition an Amazon-CEO Andy Jassy, in der es hieß: „Durch die Bereitstellung eines Cloud-Ökosystems für den israelischen öffentlichen Sektor unterstützt Amazon die künstliche Intelligenz und die Überwachungsmöglichkeiten des israelischen Militärs, die zur Unterdrückung palästinensischer Aktivisten und zur brutalen Belagerung des Gazastreifens eingesetzt werden.“

Menschenrechtsorganisationen - Human Rights Watch und Amnesty International – haben den Staat Israel beschuldigt, internationale Verbrechen der Apartheid gegen Palästinenser zu begehen. Ein früherer UN-Bericht hatte Israel vorgeworfen, ein Apartheidregime zu errichten.¹

Welche anderen Technologieunternehmen haben Verbindungen zum israelischen Militär?

Es sind nicht nur Cloud-Computing-Firmen, die Verträge mit dem israelischen Militär abschließen. In einem Bericht, der letzte Woche von der Brown University veröffentlicht wurde, beschreibt Roberto J. Gonzalez, Professor für Kulturanthropologie an der San Jose State University, wie das börsennotierte US-Unternehmen Palantir Technologies mit dem israelischen Staat verbunden ist.

„Seit Jahren hat Palantir mehrere Verträge mit der israelischen [Armee], und es hat seine Unterstützung für den Staat Israel nach dem Beginn des Krieges gegen die Hamas im Oktober 2023 ausgeweitet“, so Gonzalez in einem am 17. April veröffentlichten Kommentar.

Palantir, das in Denver ansässige Datenanalyseunternehmen, das militärische Einrichtungen mit künstlicher Intelligenz versorgt, wurde von dem rechtsgerichteten Milliardär Peter Thiel mitbegründet. Palantir, das bereits mit der Nationalen Sicherheitsbehörde der USA zusammengearbeitet hat, hat bereits früher technische Lösungen für das israelische Militär bereitgestellt.

Das *American Friends Service Committee* (AFSC), eine internationale Organisation, die sich weltweit gegen Ungerechtigkeiten einsetzt, hat ein Verzeichnis der „Unternehmen, die von Angriffen des Staates Israel auf den Gazastreifen in den Jahren 2023-2024 profitieren“ erstellt. 2 Mehr als 50 Konzerne aus den USA, China, Deutschland und Großbritannien sind darin aufgeführt.

„Dies ist eine Form der Unternehmensförderung nicht nur für die größten Waffenhersteller wie Lockheed Martin, RTX, Boeing und General Dynamics, deren Aktienkurse in die Höhe schossen,

sondern auch für Firmen, die normalerweise nicht als Teil der Waffenindustrie angesehen werden, wie Caterpillar, Ford und Toyota“, so das AFSC Action Center for Corporate Accountability.

Was wissen wir über die Zusammenarbeit zwischen Technologieunternehmen und Armeen in aller Welt?

Das US-Militär und die Spionagebehörden haben zwischen 2019 und 2022 Verträge im Wert von mindestens 53 Mrd. USD unterzeichnet, wie aus dem am 17. April veröffentlichten Bericht der Brown University hervorgeht. Im Dezember 2022 vergab das Pentagon an Google, Oracle, Amazon Web Services und Microsoft einen 9-Milliarden-Dollar-Vertrag für eine streng geheime Cloud-Umgebung.

In den USA ansässige Unternehmen wie *Clearview AI* mit Sitz in New York City bieten Gesichtserkennungssoftware an, um der Ukraine zu helfen, russische Soldaten und Beamte zu identifizieren, die an der militärischen Invasion beteiligt waren. Der Ukraine wurde ab 2022 kostenloser Zugang zur *Clearview AI*-Software gewährt. Derselbe Bericht zeigt auch eine wachsende Rolle von Big Tech im militärisch-industriellen Komplex.

„Obwohl ein Großteil des 886-Milliarden-Dollar-Budgets des Pentagon für konventionelle Waffensysteme ausgegeben wird und an etablierte Verteidigungsgiganten wie Lockheed Martin, RTX, Northrop Grumman, General Dynamics, Boeing und BAE Systems geht, zeichnet sich eine neue politische Ökonomie ab, die von den Imperativen großer Technologieunternehmen, Risikokapital- und Private-Equity-Firmen angetrieben wird“, heißt es im Bericht.

Oftmals kann die Einführung neuer Technologien mit schrecklichen menschlichen Verlusten verbunden sein, wenn sie nicht ordnungsgemäß getestet und überprüft werden.

„Jeder weiß, dass diese KI-Systeme Fehler machen werden ... so dass es zu unberechtigten Todesfällen und Ermordungen kommen wird, wie wir es bei so vielen Zivilisten in Gaza gesehen haben“, sagt Srinivasan, der UCLA-Professor.

1 <https://www.aljazeera.com/news/2021/4/27/israel-uses-apartheid-to-subjugate-palestinians-hrw-report>

<https://www.aljazeera.com/features/2017/3/18/un-report-israel-has-established-an-apartheid-regime>

2 <https://afsc.org/companies-2023-attack-gaza>

Quelle: <https://www.aljazeera.com/news/2024/4/23/what-is-project-nimbus-and-why-are-google-workers-protesting-israel-deal>

Übersetzung Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de